

Zwischen Privileg und Anpassung. Arbeits- und Lebensbedingungen im Sonderbetrieb Uranerzbergbau Wismut der DDR und die Rolle der Industriegewerkschaft im Spiegel der betrieblichen Sozialpolitik (1946–1989).



VON
JULIANE SCHÜTTERLE

Als sowjetische Geheimdienstgruppen im Sommer 1945 ins Erzgebirge kamen, um *den* entscheidenden Rohstoff im atomaren Rüstungswettbewerb aufzuspüren, ahnte wohl niemand, welche Ausmaße der kurz darauf gegründete Betrieb zum Uranerzabbau, die „Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut“ annehmen würde.

Der Uranbergbau, der 1954 nicht wie die sonstigen Reparationsbetriebe durch die UdSSR an die DDR zurückgegeben wurde, sondern in eine Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, entwickelte ein in sich abgeschlossenes, unabhängig von der DDR-Wirtschaft arbeitendes System, das oft auch als „Staat im Staate“ bezeichnet wird. Dazu gehörten neben einem lückenlosen Netz von Hilfs- und Nebenbetrieben auch eine eigene Gewerkschaft, ein eigenes Gesundheits- und Erholungswesen mit Krankenhäusern, Ferienheimen und Kultureinrichtungen, die Handelsorganisation Wismut, die Gebietsorganisation der SED, Bildungseinrichtungen und eine Organisationseinheit der Staatssicherheit.

Da der schnelle und rücksichtslose Ausbau des Uranbetriebes in den ersten Jahren zu chaotischen und katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen führte, in deren Folge viele der ohnehin meist zwangsrekrutierten Bergleute das Erzgebirge fluchtartig Richtung Westen verließen, wurden sozial- und lohnpolitische Maßnahmen getroffen, die den Erzbergbau zu einem attraktiven weil privilegierten Industriezweig machten, der er bis zu seinem Ende 1989/90 im Wesentlichen bleiben sollte.

Doch wie entwickelt sich die betriebliche Sozialpolitik in einem Sonderbetrieb wie der AG Wismut? Wurde sie – und wenn ja wie – als Steuerungsinstrument und zur Einflussnahme auf die Arbeiter und Arbeiterinnen des Uranbergbaubetriebes benutzt? Sucht man auf diese Fragen Antworten, dann spielen vor allem die institutionellen Entscheidungsebenen und Verflechtungen zwischen Betriebsleitung (Generaldi-

rektion), SED-Gebietsorganisation und Industriegewerkschaft Wismut eine entscheidende Rolle.

Doch die Sicherung sozialer Zufriedenheit ist nur ein Aspekt des Untersuchungsinteresses. Unlösbar damit verbunden ist die Selbstwahrnehmung der Arbeiterinnen und Arbeiter, ihr Verhalten von Anpassung oder Protest auf die wie auch immer empfundene Beeinflussung ihres (Arbeits-)Lebens. Ließen sich die Beschäftigten die Vorzüge der Sozialpolitik gern gefallen und erfüllten nebenbei die Erwartungen, die mehr oder weniger subtil an sie herangetragen wurden (Eintritt in die Partei oder die Gewerkschaft, Beteiligung am gesellschaftspolitischen Leben)? Und wie reagierten die Bergleute auf die Rücknahme sozialpolitischer Errungenschaften, z. B. Lohnsenkungen, Arbeitszeitregelungen oder die Herauslösung ihres Betriebsteils aus der SAG und dessen Überführung in die „volkseigene“ Wirtschaft, die meist mit einer Reduzierung von Privilegien verbunden war? Kam es zu Protesten bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen, zum Austritt aus gesellschaftlichen oder gewerkschaftlichen Institutionen, gab es Streikdrohungen oder gar Arbeitsniederlegungen?

Als Bindeglied zwischen Arbeitsbeziehungen und Arbeiterinteressen kann die Industriegewerkschaft Wismut gelten. Ihre ambivalente Funktion als Weisungsempfängerin der (bis 1954 ausschließlich sowjetischen) Betriebsleitung und der Partei auf der einen Seite und ihrer „traditionellen“ Rolle als Interessenvertretung der ArbeiterInnen auf der anderen steht ebenfalls im Fokus der Untersuchung.

Die schriftliche Überlieferung zur Geschichte der Wismut ist umfangreich: Die Bestände befinden sich im Bundesarchiv Berlin (IG Wismut und FDGB), im Unternehmensarchiv Wismut Chemnitz (Generaldirektion), im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz (Gebietsleitung der SED) und bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Bei einem zeithistorischen Projekt wie diesem soll auch die Methode der Oral History zur Anwendung kommen, da die Ebene von Lebenswelt und Wahrnehmung, die der Fragestellung zu Grunde liegen, durch Zeitzeugenberichte bis zu einem bestimmten Maße transparent gemacht werden kann.

JULIANE SCHÜTTERLE, geb. 1978 in Thüringen. 1998–2003 Magisterstudium der Neueren Geschichte, Englischen Literatur und Volkskunde/Kulturgegeschichte in Jena und an der FU Berlin. Während des Studiums u. a. wiss. Hilfskraft im SFB Jena-Weimar, Ausstellungsmitarbeiterin „Armut in der Frühen Neuzeit“, Erfurt, freie Mitarbeiterin bei der Lesser-Stiftung München. Magisterarbeit über die Sonderversorgung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR 1971–1989. Sie lebt in Berlin.